

EIN HAUS DER FREIHEIT

Rede des Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde für die Bundesländer Salzburg, Steiermark und Kärnten, MMag. Elie Rosen, anlässlich der Eröffnung des Milton Weber-Kulturzentrums der Jüdischen Gemeinde Graz in der Synagoge zu Graz am 10. September 2026

Es gibt Gebäude, die errichtet werden, um etwas unterzubringen. Und es gibt Häuser, die entstehen, weil etwas aufbrechen soll: eine Gewohnheit, eine Sprachlosigkeit, eine allzu bequeme Gewissheit.

Ein solches „Haus“, ein Kulturzentrum, eröffnen wir heute.

Das erste permanente jüdische Kulturzentrum einer jüdischen Gemeinde in Österreich. Nicht eine Veranstaltungsreihe auf Zeit. Nicht ein Gastspiel an einem fremden Ort. Sondern ein dauerhaftes Haus mit einem eigenen Programm, einer eigenen Stimme und einem eigenen Anspruch.

Das ist ein bedeutender Schritt für unsere Gemeinde. Und ich wünsche mir, dass es ein bedeutender Schritt für Graz und die Steiermark wird.

Denn wir eröffnen dieses Zentrum nicht, um uns hinter seiner Bedeutung auszuruhen. Wir eröffnen es, um etwas zu wagen.

Ich habe mich gefragt, was an einem solchen Tag zu sagen ist. Eine Eulogie auf die Fördergeber? Eine selbstverliebte Würdigung unserer Gesellschaft? Eine Rede, nach der sich alle bestätigt fühlen und niemand eine Frage mit nach Hause nimmt?

Ich werde den Menschen danken, denen Dank gebührt. Aber ich werde die Gelegenheit nicht dazu verwenden, eine politische Wirklichkeit schönzureden, die nach Auseinandersetzung verlangt.

Die Idee für ein jüdisches Kulturzentrum in Graz nahm 2021 Gestalt an, im Schatten der Anschläge auf die Grazer Synagoge. Altbürgermeister Siegfried Nagl, der sich leider entschuldigen musste, gehörte zu ihren wesentlichen Wegbereitern.

Der Weg zur Verwirklichung war lang. Zu lang. Es gab Zustimmung, es gab Gespräche, es gab Zusagen – und es gab eine bemerkenswerte Ausdauer des Noch-nicht.

Das Land Steiermark trägt rund zwei Drittel der Finanzierung. Gemeinsam mit der Stadt Graz und der Jüdischen Kultusstiftung wurde die Grundlage für dieses Haus geschaffen. Mein Dank gilt ebenso allen, die geplant, gebaut, organisiert und beharrlich weitergearbeitet haben.

Ich verbinde diesen Dank mit einem Gedanken: Wer Kultur fördert, fördert im besten Fall nicht das Echo der eigenen Überzeugung, sondern die Möglichkeit einer anderen Stimme.



Gerade deshalb soll dieses Zentrum seiner Förderung gerecht werden. Nicht durch Gefälligkeit. Nicht durch vorsorgliche Zustimmung. Sondern durch das, was Kultur wertvoll macht: die Freiheit, auch Unbequemes zur Sprache zu bringen.

Milton Franklin Weber: Die Würde einer eigenen Überzeugung

Wir geben diesem Zentrum den Namen Milton Franklin Weber.

Der aus Graz stammende Musiker trat 1930 zum Judentum über. Er blieb auch nach dem Anschluss seiner Familie und seiner Überzeugung treu, wurde verfolgt und entrechtet und musste seine Heimat verlassen. Über Italien gelangte er schließlich in die Vereinigten Staaten, wo er als Musiker und Pädagoge einen neuen Anfang schuf.

Wir ehren mit seinem Namen nicht allein eine künstlerische Leistung. Wir ehren die Selbstständigkeit eines Menschen, der seine Überzeugung nicht nach der herrschenden Stimmung ausrichtete.

Anständig zu sein, solange Anständigkeit Anerkennung einträgt, ist keine außergewöhnliche Leistung. Die Prüfung beginnt, wenn sie etwas kostet. Wenn es bequemer wäre, zu schweigen. Wenn Anpassung Vorteile verspricht. Wenn das eigene Gewissen der Karriere im Wege steht.

Milton Weber ist anständig geblieben.

Das ist der Kern der Verpflichtung, die wir mit seinem Namen übernehmen. Nicht jede Zeit stellt Menschen vor dieselben Gefahren. Aber jede Zeit stellt ihnen die Frage, ob sie noch selbst urteilen – oder nur noch nachvollziehen, was man von ihnen erwartet.

Ein Kulturzentrum, das diesen Namen trägt, darf deshalb kein Ort geistiger Anpassung werden. Es muss Platz schaffen für Menschen, die eine eigene Stimme haben. Und auch für jene, die erst lernen müssen, dieser Stimme zu vertrauen.

Wir ehren Milton Franklin Weber nicht dadurch, dass wir seinen Namen über eine Tür schreiben. Wir ehren ihn dadurch, wie wir hinter dieser Tür denken, sprechen und handeln.

Die Dämonisierung des politischen Gegners

Ich beobachte in Österreich und Deutschland eine Entwicklung, die mich nicht nur als Vertreter einer jüdischen Gemeinde beschäftigt, sondern auch als Bürger: Wir verlieren die Fähigkeit, politische Gegnerschaft auszutragen, ohne dem Gegner seine persönliche und demokratische Legitimität abzusprechen.

Es geht längst nicht mehr immer darum, ob ein Argument richtig oder falsch ist. Es geht darum, ob derjenige, der es vorbringt, überhaupt als Gesprächspartner zugelassen wird.

Der politische Gegner wird vielfach nicht widerlegt. Er wird für unwürdig erklärt, widerlegt zu werden. Man spricht ihm die Satisfaktionsfähigkeit ab – also jene Anerkennung, die selbst einem entschiedenen Gegner zustehen muss, damit eine ernsthafte Auseinandersetzung überhaupt möglich bleibt. Man vermeidet aus Kalkül den politischen Diskurs, eine der Grundfesten der Demokratie.

Man bestreitet nicht mehr nur seine Vorschläge. Man bestreitet seine Anständigkeit, seine Motive, seine Berechtigung, am öffentlichen Gespräch teilzunehmen. Und schließlich trifft diese überhebliche Verachtung auch jene Bürger, die ihn gewählt haben. Man dämonisiert.



Ich halte dies für eine gefährliche Verarmung unserer politischen Kultur.

Wer die Demokratie ernst nimmt, kann ihre Bürger nicht nur dann ernst nehmen, wenn sie so wählen, wie er selbst es sich wünscht. Wer Menschen überzeugen will, muss sich auf ihre Fragen einlassen. Und wer behauptet, die besseren Antworten zu haben, sollte die Auseinandersetzung mit den schlechteren nicht fürchten müssen.

Wenn Bürger über Migration sprechen, über Sicherheit, über die wirtschaftliche Zukunft oder über das Gefühl, dass ihnen ihre vertraute Umgebung fremd wird, dann ist die erste Aufgabe der Politik nicht die moralische Benotung dieser Bürger. Nicht jedes Unbehagen ist bereits eine richtige Analyse. Aber die Verachtung des Unbehagens ist gewiss noch keine Lösung.

Wer um seinen Arbeitsplatz fürchtet, braucht keine Belehrung darüber, welchem politischen Lager seine Sorge nützt. Eine Familie, die sich fragt, ob sie sich ihre Wohnung noch leisten kann, braucht keine Auskunft darüber, wie vorbildlich die Regierung ihre eigenen Absichten findet. Und wer erlebt, dass Entscheidungen angekündigt, aber nicht umgesetzt werden, verliert Vertrauen nicht deshalb, weil er die Demokratie missverstanden hätte.

Er fragt sich, ob sie noch imstande ist, zu handeln.

Gerade unter wirtschaftlichem Druck darf Politik sich nicht in eine Sprache zurückziehen, in der das richtige Bekenntnis mehr gilt als das erkennbare Ergebnis. Wer den Anspruch erhebt, für die Menschen zu sprechen, muss sich von ihnen auch sagen lassen, dass sie sich nicht vertreten fühlen – oder durch wen sie sich vertreten fühlen.

Das betrifft Österreich ebenso wie Deutschland. Eine demokratische Öffentlichkeit ist kein Prüfungssaal, in dem einige wenige die Aufgaben stellen und der Rest die richtigen Antworten zu geben hat. Die Bürger sind nicht das Publikum der Politik. Sie sind ihr Auftraggeber.

Vielleicht wäre es heilsam, wenn politische Niederlagen häufiger die Frage auslösten: Was haben wir nicht verstanden? Und seltener die Frage: Was stimmt mit diesen Wählern nicht?

Denn wer seine eigene Unfehlbarkeit zur Voraussetzung des Gesprächs macht, kann allenfalls Gefolgsleute gewinnen. Gesprächspartner gewinnt er nicht.

Besonders irritiert mich dabei, der Alleinvertretungsanspruch, den manche Parteien für sich erheben zu können vermeinen. Aus der eigenen politischen Position wird kurzerhand der Maßstab demokratischer Zulässigkeit. Wer zustimmt, gehört zu den Demokraten. Wer widerspricht, gerät unter Verdacht.

Demokratie ist ebenso wie der Kampf gegen Antisemitismus kein Parteibesitz. Sie ist kein moralischer Adelstitel, den man sich selbst verleiht und anderen aberkennt.

Begriffe wie „rechts“ und „links“, die bereits aus der Zeit der Französischen Revolution stammen, dürfen das Denken nicht ersetzen. Vor allem nicht, wenn im Schatten der Shoah „rechts“ schlecht und „links“ gut sein soll. – So schätzen Historiker die Zahl der direkten Gulag-Lageropfer auf etwa 1,5 bis 4,7 Millionen Tote. Meine Damen und Herren, „rechts“ ist keine Widerlegung. „Links“ ist kein Entlastungsbeweis.

Genau deshalb halte ich nichts von Brandmauern, die an die Stelle politischer Überzeugungsarbeit treten. Eine Koalitionsentscheidung ist das eine. Die Erklärung ganzer Bevölkerungsteile zu politisch Unberührbaren ist etwas anderes. Die vom Souverän verabschiedete Verfassung gibt uns klar vor, wer innerhalb des Verfassungsbogens steht und wer nicht. Nach außen getragene Vorverurteilungen, mit



denen man meint, sich dieser Maxime durch die Dämonisierung des politischen Gegners entziehen zu können, dienen nicht dem Schutz der Demokratie. Sie sind politisches Kalkül.

Man kann ein Gespräch nicht dauerhaft verweigern und sich dann über die Verhärtung wundern. Man kann Menschen nicht fortgesetzt aus dem akzeptierten Diskurs hinausdrängen und anschließend so tun, als habe man mit ihrem Vertrauensverlust nichts zu tun.

Sogenannte Brandmauern, die das Denken ersetzen, bewahren nicht die Demokratie. Sie mauern ihre ungelösten Probleme ein.

Der Anspruch und die eigenen Reihen

Wer anderen fortwährend Distanzierungen abverlangt, muss bereit sein, dieselbe Strenge gegen sich selbst anzuwenden.

Gerade diese Bereitschaft vermisse ich.

In Österreich sehen wir die Sozialistische Jugend in Bündnissen mit Gruppen, die den Terror der Hamas als Widerstand darstellen. Der STANDARD berichtete erst am 4. September über die Zusammenarbeit mit „Young Struggle“ und der Revolutionären Kommunistischen Partei bei der Mobilisierung gegen das Kopftuchverbot. Bei einer gemeinsamen Demonstration im Juli war auch die „Linkswende“ beteiligt, die ihre

Unterstützung für die Hamas ausdrücklich erklärt hatte. Die SJ verurteilt den Hamas-Terror, beruft sich für die gemeinsame Mobilisierung aber auf das konkrete Anliegen des Protestes.

Aber seit wann erledigt ein gemeinsames Anliegen die Frage nach den politischen Partnern? Wird nicht gerade diese Frage vordergründig zum Knock-Out Kriterium für Regierungsbildungen verwendet.

Wenn man für sich selbst beansprucht, bei einer Demonstration nicht jede Position seiner Mitstreiter zu teilen, kann man beim politischen Gegner nicht schon jede Berührung zur vollständigen Gesinnungsgemeinschaft erklären.

Wo bleibt gegenüber der Sozialistischen Jugend jene demonstrative Strenge, die man von anderen bei jeder problematischen Verbindung verlangt? Wo bleibt die Bereitschaft, sich auch vom eigenen Nachwuchs öffentlich und mit Konsequenzen abzugrenzen?

Auch in Deutschland ist das kein abstraktes Problem. Bei einer Wahlkampfveranstaltung der Linken in Berlin-Neukölln Ende August konnte ein Rapper mit Intifada-Rufen und einer gegen israelische Soldaten gerichteten Todesparole auftreten.

Bereits im vergangenen November berichtete das ARD-Magazin „Kontraste“ über die Linksjugend „solid“ und Angriffe gegen eigene Leute – bis hin zu Protesten gegen Bodo Ramelow als vermeintlich untragbaren „Zionisten“.

Ich erwarte von einem Gegenüber nicht dieselbe politische Meinung. Aber ich erwarte, dass der Anspruch auf Humanität nicht dort endet, wo die eigenen Bündnisse beginnen.

Denn hier eröffnet sich dem Antisemitismus eine ideale Gelegenheit: Er kann sich hinter antiisraelischen Slogans verbergen und als Ausdruck moralischer Empörung auftreten.



„From the river to the sea“ ist im Vernichtungsdenken der Hamas keine harmlose geografische Formel. Gemeint ist das Verschwinden Israels. Und die Vernichtungsabsicht richtet sich nicht nur gegen einen Staat auf einer Landkarte, sondern gegen Menschen. Die Gründungscharta der Hamas ruft ausdrücklich zur Tötung von Juden auf.

Mit einer Parole, die in diesem Zusammenhang steht, zieht man durch europäische Straßen und erwartet, ausschließlich als Friedensbewegung wahrgenommen zu werden. Yalla Intifada dröhnt es ungeniert und akzeptiert, und selbst die LGBTQ Community marschiert fleißig mit. Queers for Palestine, weil es Queers in Palestine nicht gibt.

Wer sich davon absetzen will, muss es deutlich tun. Er kann nicht die Sprache eines Vernichtungsprogramms übernehmen und jede Frage nach ihrer Bedeutung als Zumutung zurückweisen.

Und ich betone es an dieser Stelle gerne nochmals: Vor unseren Synagogen und den jüdischen Einrichtungen stehen heute nicht deshalb Polizei und Sicherheitsdienste, weil rechtsextreme Anschläge drohen. Nein: Die konkrete Bedrohung, die unseren Alltag prägt, geht heute vor allem vom Islamismus aus. Was uns in E-Mails und politischen Diskussionen begegnet, sind nach unserer Erfahrung fast ausschließlich muslimischer Antisemitismus und Antisemitismus aus jenem mit ihm interessanter Weise heute verbandelten politischen Spektrum.

Und kommen Sie mir bitte nicht mit dem Hinweis auf steigende Rechtsextremismuszahlen, als wäre damit unsere konkrete Erfahrung widerlegt. Das Verbotsgesetz stellt zu Recht die Betätigung im nationalsozialistischen Sinn unter Strafe und schafft dafür einen eigenen, weitreichenden strafrechtlichen Rahmen. Für linksextremistische und islamistische Aktivitäten gelten Straftatbestände mit anderen Voraussetzungen. Wer Fallzahlen vergleicht, muss deshalb auch erklären, welche Handlungen überhaupt erfasst werden. Die bloße Gegenüberstellung von Anzeigenzahlen ersetzt keine Analyse der tatsächlichen Bedrohung unserer Gemeinden. Auch das möge man bei solchen Vergleichen bitte dazusagen.

Menschenfreundlichkeit beweist sich nicht an der Farbe einer Fahne, sondern daran, welches Handeln man unter dieser Fahne duldet.

Politischer Islam und kulturelles Selbstbewusstsein

Der Widerspruch reicht weiter. Es geht um den Umgang mit dem politischen Islam und um die Frage, ob unsere Gesellschaft noch den Mut hat, ihre eigenen kulturellen und freiheitlichen Grundlagen zu vertreten.

Die österreichische Dokumentationsstelle beschreibt den politischen Islam als eine Herrschaftsideologie, die Gesellschaft und Staat nach Normen verändern will, die dem demokratischen Rechtsstaat und den Menschenrechten widersprechen.

Darüber MUSS gesprochen werden können, ohne dass bereits die Benennung zum Beweis einer verwerflichen Gesinnung erklärt wird.

Wer sich gegen religiösen Druck in Schulen wendet, wer die Selbstbestimmung von Frauen verteidigt, wer darauf besteht, dass staatliches Recht nicht hinter religiösen Gehorsamsforderungen zurücktritt, vertritt keine extremistische Position.

Er verteidigt Voraussetzungen eines freien Zusammenlebens.

In Hamburg konnten wir 2024 Demonstrationen erleben, auf denen ein Kalifat als Lösung propagiert wurde. Die Gruppierung „Muslim Interaktiv“ wurde später, im November 2025, verboten. Diese Vorgänge zeigen,



dass es nicht um eine bloße Wortschöpfung besorgter Bürger geht, sondern um tatsächlich auftretende politische Herrschaftsansprüche.

Wer angesichts solcher Bilder seine eigene Kultur im Schwinden sieht, darf nicht allein deshalb als rechtsextrem abgestempelt werden. Ebenso wenig darf man ihm das Recht auf diese Sorge absprechen.

Ich frage jene, die sich auf Emanzipation berufen: Wie kann man gegen Bevormundung kämpfen und zugleich für religiöse Bevormundung immer neue kulturelle Entschuldigungen finden?

Ich frage jene, die Vielfalt beschwören: Gehört zu dieser Vielfalt auch die Freiheit, die Demokratie und die kulturelle Identität anderer auslöschen zu wollen? Die Freiheit, nicht zu glauben? Die Freiheit einer Frau, ohne Erlaubnis anderer über ihr Leben zu entscheiden?

Und ich frage uns alle: Weshalb fällt es uns bisweilen leichter, jede fremde kulturelle Bindung zu respektieren, als die eigene ohne Verlegenheit auszusprechen?

Eine offene Gesellschaft braucht ein Bewusstsein davon, was sie offen hält. Wer nichts mehr für bewahrenswert erklärt, hat auch nichts mehr anzubieten, woran Integration anknüpfen könnte.

Toleranz verlangt keine kulturelle Selbstaufgabe. Und Offenheit ist nicht dasselbe wie Selbstverleugnung. Freiheitliches Denken bedeutet nicht, dass alles und jedes kompatibel sein kann.

Rechtsstaatlichkeit ist keine Gesinnungsfrage

An dieser Stelle möchte ich den Rechtspositivisten Hans Kelsen in meine Überlegungen einschließen.

Kelsen dachte Demokratie nicht als Herrschaft der moralisch Selbstgewissen, sondern als eine Ordnung, in der unterschiedliche Interessen unter verbindlichen Regeln ausgetragen und zu Kompromissen geführt werden.

Was aber geschieht, wenn Parteien oder einzelne Politiker schon deshalb als rechtsextrem hingestellt werden, weil sie die Umsetzung rechtsstaatlicher Entscheidungen verlangen?

Dann wird ein rechtsstaatliches Prinzip in einen politischen Verdacht verwandelt.

Wer den Vollzug einer rechtskräftigen und vollstreckbaren Entscheidung verlangt, fordert zunächst einmal, dass der Staat seine eigenen Regeln ernst nimmt. Das gilt auch dann, wenn die Entscheidung, für wen auch immer, unbequem ist – etwa im Aufenthaltsrecht.

Man kann Gesetze ändern wollen. Man kann Entscheidungen kritisieren und die vorgesehenen Rechtsmittel ergreifen. Aber man kann nicht nach rechtsstaatlichen Verfahren rufen und deren Ergebnis anschließend nur nach politischer Sympathie gelten lassen.

Die Verfassung darf nicht bloß das sein, worauf wir uns berufen, wenn sie uns recht gibt.

Wäre tatsächlich schon die Forderung nach konsequenter Rechtsanwendung extremistisch, müsste man erklären, weshalb das geltende Recht demokratisch beschlossen wurde, seine Umsetzung aber plötzlich demokratisch anrühlich sein soll.

Dieser Widerspruch lässt sich nicht mit einem Etikett beseitigen.



Nicht die Parteifarbe entscheidet über Rechtsstaatlichkeit. Rechtsstaatlichkeit entscheidet darüber, ob wir unseren gemeinsamen Regeln auch dann folgen, wenn uns das Ergebnis missfällt.

Wenn Öffentlichkeit auswählt, worüber sie sich empört

dieselbe Frage nach dem Maßstab stellt sich unseren Medien, besonders dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Bei den diesjährigen Sommergesprächen hatte ich nicht den Eindruck, einer offenen Prüfung von Positionen beizuwohnen. Ich hatte den Eindruck, dass die Rollen bereits verteilt waren: hier der Beschuldigte, dem man pausenlos ins Wort fällt, dort der verständnisvoll Begleitete.

Harte Fragen sind notwendig. Aber sie müssen der Klärung dienen – nicht der Vorführung.

Noch schwerer wiegt für mich, wenn über Themen erst gar nicht berichtet wird. Ich beobachte eine Auswahl, bei der bestimmte Vorgänge groß werden und andere beinahe verschwinden. Auch durch das Weglassen lässt sich ein Bild der Wirklichkeit herstellen.

Nehmen wir Salzburg. Der Auftritt einer Gruppe in Ku-Klux-Klan-Kostümen bei einem Faschingsball in Pöham im Pongau löste Anfang Februar erhebliche öffentliche und politische Reaktionen aus. Am 4. Februar befasste sich eine Aktuelle Stunde des Salzburger Landtags mit Rechtsextremismus.

Dass solche Vorfälle aufgegriffen werden, ist richtig. Aber nun stellen wir daneben einen anderen Vorgang.

Ein Salzburger, sozialdemokratischer Gemeinderat betreibt auf seiner Facebook-Seite regelmäßig politische Agitation gegen Israel und zu muslimischen Themen. Seine Botschaften tragen nichts zum sensiblen Umgang mit geopolitischen oder Minderheitenfragen bei. Sie provozieren, polarisieren und heizen die Stimmung auf. FPÖ und ÖVP stehen im Kreuzfeuer. In den erst nach langer Zeit gelöschten Kommentaren zu seinen Postings war von jüdischer Weltherrschaft die Rede, davon, dass Juden Kinderblut trinken, und von Ähnlichem. Bei der ins Auge gefassten Wählergruppe kommt er also gut an. Nachdem ich seine Agitation auch unter Bezugnahme auf die einschlägige Judikatur aufgezeigt habe, wird inzwischen die Kommentarfunktion bei Israel-Themen deaktiviert.

Die Reaktion aus dem politischen Umfeld des Betreffenden bestand auch darin, Gemeindemitglieder unter Umgehung der Gemeindeführung anzuschreiben und eine Entschuldigung ihres Präsidenten zu verlangen. Unser Rechtsvertreter musste auf die mögliche strafrechtliche Relevanz der beanstandeten Inhalte hinweisen.

Meine Erfahrung ist: Die Bereitschaft, den Kritiker zur Ordnung zu rufen, war größer als die Bereitschaft, den Anlass seiner Kritik zu beseitigen.

Nun stellen Sie sich bitte dieselben Kommentare auf der Seite eines FPÖ-Funktionärs vor. Ich habe keinen Zweifel: Der Skandal wäre perfekt. Die Fragen nach Rücktritt, Verantwortung und Distanzierung lägen auf dem Tisch.

Warum vermisste ich diese Selbstverständlichkeit im anderen Fall? Warum stößt man sich an Ku-Klux-Klan-Kostümen, nicht aber an der Agitation eines Salzburger Gemeinderats und den antisemitischen Kommentaren auf seiner Seite?

Ich verlange keine geringere Aufmerksamkeit für den einen Vorgang. Ich verlange dieselbe Ernsthaftigkeit für den anderen.



Nicht weniger Genauigkeit. Nicht weniger Kritik. Sondern weniger politische Selektivität und selektive Empörung.

Und noch ein Salzburger Beispiel zeigt, wie weit die Verweigerung einer unliebsamen Wirklichkeit gehen kann.

Vor dem Landesverwaltungsgericht Salzburg wurde ein Waffenpassverfahren für einen Mitarbeiter eines Sicherheitsunternehmens geführt, das den Schutz der Synagoge Salzburg bewerkstelligt. Die Ablehnung wurde – losgelöst von der Frage der persönlichen Eignung – auch damit begründet, dass ein derartiger Sicherheitsdienst nicht notwendig sei, weil eine Gefahr für jüdische Einrichtungen nur theoretisch bestehe.

Nicht allein das Ergebnis des Verfahrens ist mein Punkt. Mein Punkt ist die Vorstellung, das zugrunde liegende Problem sei im Wesentlichen nur eine Vermutung ohne Bezug zur Realität. Und damit spricht man zeitgleich auch sogar den Ängsten der Betroffenen die Berechtigung ab.

Wir in Graz brauchen für die Realität solcher Gefahren keine theoretische Einführung. Und auch ohne unsere eigenen Erfahrungen genügt ein Blick auf Europa. Salzburg liegt nicht außerhalb dieser Welt, auch wenn es dies offensichtlich zu meinen scheint.

Es ist eine Sache, darüber zu streiten, wie auf eine Gefahr angemessen zu reagieren ist. Es ist eine andere, sich der Auseinandersetzung dadurch zu entziehen, dass man die Gefahr selbst wegdefiniert.

Ein Staat muss Wirklichkeit beurteilen. Er darf sie nicht seiner Bequemlichkeit anpassen.

Das Kulturzentrum als Gegenentwurf

warum spreche ich bei der Eröffnung eines Kulturzentrums über all das?

Weil Kultur nicht erst dort beginnt, wo Politik aufhört. Sie beginnt auch dort, wo wir entscheiden, wie wir miteinander sprechen, was wir einer Prüfung aussetzen und welchen Widerspruch wir aushalten.

Die Krise des öffentlichen Gesprächs lässt sich nicht allein durch eine weitere Talkshow beheben. Sie verlangt Orte, an denen die Begegnung nicht schon als Lagerzugehörigkeit gewertet wird. An denen niemand seine geistige Unbedenklichkeit bescheinigen lassen muss, bevor er eine Frage stellt.

Ein solcher Ort soll dieses Zentrum sein.

Sein jüdischer Charakter ist keine thematische Begrenzung. Er ist eine Perspektive, aus der wir uns der ganzen Gesellschaft zuwenden.

Wir wollen jüdische Kultur vermitteln und zugleich soziale, politische und kulturelle Fragen unserer Gegenwart behandeln. Fächerübergreifend. Musik soll hier mit Geschichte ins Gespräch kommen, Literatur mit gesellschaftlicher Erfahrung, Religion mit Philosophie und politische Debatte mit der Lebenswirklichkeit der Menschen.

Ein Konzert muss dabei nicht zum illustrierten Vortrag werden. Kunst darf auch einfach Kunst sein: Schönheit, Irritation, Freude, Entdeckung. Gerade ihre Freiheit von unmittelbarer Verwertbarkeit macht sie unentbehrlich.

Aber in diesem Haus soll ebenso die Frage Platz haben, was Heimat bedeutet. Was im multikulturellen Reigen miteinander kompatibel sein kann und was nicht. Wie viel Gemeinsamkeit eine vielfältige



Gesellschaft braucht. Wie Medien Wirklichkeit auswählen. Und weshalb Menschen das Vertrauen in demokratische Institutionen verlieren.

Nicht jede Veranstaltung muss versöhnen. Manche soll eine Differenz erst so genau sichtbar machen, dass man vernünftig über sie sprechen kann.

Wir möchten Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen zusammenbringen. Nicht, damit sie am Ende pflichtgemäß denselben Satz sagen. Sondern damit sie verstehen, weshalb der andere einen anderen sagt.

Darin liegt ein wesentlicher Unterschied zwischen Vermittlung und Manipulation.

Manipulation kennt das erwünschte Ergebnis schon vorher. Vermittlung lässt dem Gegenüber die Freiheit des eigenen Urteils.

Manipulation wählt aus, was zur gewünschten Wirkung passt. Vermittlung hält auch Tatsachen aus, die das eigene Weltbild stören.

Und Manipulation braucht Gefolgschaft. Vermittlung braucht mündige Menschen.

Wir wollen hier nicht vorgeben, was gedacht werden muss. Wir wollen dazu beitragen, dass selbstständig gedacht werden kann.

Deshalb soll dieses Kulturzentrum kein Ort sein, an dem man Konflikte durch respektvolle Allgemeinplätze unsichtbar macht.

Seine Aufgabe ist anspruchsvoller: Es soll kulturelle Selbstständigkeit mit der Bereitschaft zur Begegnung verbinden.

Wer sich seiner Überzeugung gewiss ist, muss eine Frage nicht als Angriff empfinden. Und wer Freiheit ernst nimmt, muss bereit sein, sie auch dort auszuhalten, wo sie ihm widerspricht.

Ein Haus mit eigener Stimme

wir eröffnen heute das erste permanente jüdische Kulturzentrum einer jüdischen Gemeinde in Österreich. Damit übernehmen wir eine Verantwortung, die über dieses Gebäude hinausreicht.

Wir wollen nicht am Rand stehen und das Zeitgeschehen kommentieren. Wir wollen an der Gestaltung des gemeinsamen geistigen Lebens mitwirken.

Nicht als Bittsteller. Nicht als dekoratives Zeichen gesellschaftlicher Vielfalt. Sondern als selbstbewusste Bürger mit einer eigenen kulturellen Stimme.

Milton Franklin Weber hat sich seine Überzeugung nicht von den Umständen abnehmen lassen. Wir sollten uns unser Urteil nicht von der jeweils herrschenden Stimmung abnehmen lassen.

Das ist die Verbindung zwischen seinem Namen, diesem Haus und der Aufgabe unserer Zeit.

Möge hier gestritten werden, ohne zu erniedrigen. Möge hier gefragt werden, ohne sich vorher zu entschuldigen. Möge hier zugehört werden, ohne schon die nächste Zurechtweisung vorzubereiten.



Und möge aus all dem etwas entstehen, das in diesen Tagen nicht selbstverständlich ist: Vertrauen in die Fähigkeit freier Menschen, miteinander eine gemeinsame Welt zu gestalten.

Wir haben lange daran gearbeitet, dass dieses Haus seine Türen öffnen kann.

Jetzt soll es Horizonte öffnen.